

schon in den frühen 80er Jahren die Überlegungen in der Solidarnosc gab, die eben hier dargestellt worden sind.

Ich möchte die Stafette an den nächsten Redner weitergeben, Ludwig Mehlhorn. Vielleicht kannst du auch die Frage beantworten, inwieweit du selbst Bekanntschaft mit diesen Überlegungen und Thesen hattest. Denn das, was in Polen diskutiert worden ist, hätte für unsere Diskussion in der DDR-Opposition durchaus eine Rolle spielen können.

**Ludwig Mehlhorn:** Ich werde gerne darauf eingehen. Ich denke, es hat tatsächlich eine Rolle gespielt.

Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Ich habe mir aus dem vorgegebenen Thema einen Unterkomplex herausgegriffen: Solidarnosc einschließlich ihrer Vorgeschichte und ihre Auswirkungen auf die DDR: Wie ist auf die polnischen Ereignisse 1980/81 reagiert worden? Ich möchte zwischen Ad-hoc-Reaktionen und längerfristigen Auswirkungen unterscheiden. Ich will in der DDR drei Ebenen unterscheiden: erstens Partei und Staat, zweitens die Gesellschaft, drittens die Opposition. Sie bekommen auf diese Weise eine Matrix von 3 x 2 Feldern, in die ich bestimmte Fakten, Beobachtungen und Reflexionen hineingebe. Es erübrigt sich, zu sagen, daß es fließende Übergänge gibt. Um den Preis dieser Holzschnittartigkeit werde ich versuchen, die vorgegebenen zehn Minuten nicht zu überschreiten.

Kurzfristige Reaktionen, zunächst auf der Ebene von Partei und Staat. Hier brauche ich nur auf die Dokumente zu verweisen, die Professor Wilke, Forschungsverbund SED-Staat an der Freien Universität, herausgegeben hat. Dort ist das alles säuberlich aufgeführt. Die SED hat mit sicherem Instinkt sofort die Bedrohung erkannt, die von der Solidarnosc für ihre Machtbasis ausging. Bereits Ende September 1980 legte Axen dem Politbüro eine Analyse vor. Der PVAP wird darin u. a. vorgeworfen – ich zitiere aus diesem Katalog –: Negieren der konterrevolutionären Kräfte, rückwärtsgerichtete Fehlerdiskussion, Isolierung von den Massen, Duldung der Kirche als einem zweiten Zentrum der Macht, Spaltung der Gewerkschaftsbewegung, Deformierung der sozialistischen Demokratie in Richtung einer bürgerlichen Gewaltenteilung, Verletzung des Prinzips der Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik, Aktionslosigkeit und Kapitulantentum, Vernachlässigung der Auseinandersetzung mit Nationalismus, Antisowjetismus und Revisionismus. Das geht eine ganze Weile so weiter.

Noch vor der offiziellen Zulassung der Solidarnosc im November 1980 definierte die SED die Ereignisse als Konterrevolution. Sie schätzte die Lage in Polen schlimmer als 1968 in der CSSR, schlimmer als unter Dubcek ein. Ende Oktober 1980 beschloß die SED, den seit 1971 mit Polen bestehenden visafreien Reiseverkehr einseitig „zeitweise auszusetzen“. Nach der Registrierung der „Solidarität“ im November wollte Honecker selbst auf das Blutvergießen als letztes Mittel nicht mehr verzichten, „wenn die

Arbeiter-und-Bauern-Macht verteidigt werden muß“. Allerdings konnte er sich damit zu diesem Zeitpunkt in Moskau bereits nicht mehr durchsetzen.

Die SED mußte ein ganzes Jahr auf einen wirksamen Gegenschlag warten. Bis zum 13. Dezember 1981 blieb ihr nur die Drohhärbärde nach innen und außen. Aber auch die hatte es in sich. Die Parteipresse setzte eine Desinformations- und Hetzkampagne in Gang. Die Schlagzeilen lauteten: „Solidarnosc stürzt Polen ins Chaos“, „Ohne Arbeit kann keine Gesellschaft leben“, „Antisozialistische Kräfte werden immer dreister“ etc. Zwischen den Zeilen appellierte diese Propaganda unverhohlen an das Vorurteil gegenüber der polnischen Wirtschaft. Teilweise reagierten die Genossen offen aggressiv und geradezu haßerfüllt, vor allem in internen Schulungen, die im Ton immer noch einen Zahn schärfer waren als das, was im „Neuen Deutschland“ stand. Ich selbst habe einen Dozenten für Marxismus-Leninismus erlebt, der im Dezember 1980 erklärte, die Produktionsausfälle auf Grund der Streiks in Polen hätten inzwischen zu größeren wirtschaftlichen Schäden geführt als der gesamte Zweite Weltkrieg. Ich will es damit bewenden lassen. Wie gesagt: In den von Professor Wilke herausgegebenen Dokumenten kann man das alles im Detail nachlesen.

Die Ebene der Gesellschaft. Wie haben die Menschen in der DDR auf die Ereignisse in Polen reagiert? Ihnen standen im Prinzip drei Informationsquellen offen: Einmal die eigene Presse, zum anderen die Medien des Westens und zumindest in der Anfangsphase auch der eigene Augenschein. Ich glaube jedoch, daß sich mit Solidarnosc zu keiner Phase in der DDR so große Hoffnungen verbanden wie etwa mit dem Prager Frühling. Obwohl die SED, wie schon gesagt, die Solidarnosc als schlimmer, als bedrohlicher einschätzte, möchte ich dennoch versuchen, drei Phasen zu unterscheiden.

Eine erste Phase kann man mit Respekt und Hoffnung beschreiben. Die Leute hofften, es möge den Polen gelingen, den Herrschenden ein Stück mehr Freiheit abzutrotzen. Eine charakteristische Äußerung: Die trauen sich wenigstens etwas, und vielleicht springt auch für uns etwas dabei heraus. Oder: Wenn sie wegen der Preiserhöhungen streiken, dann ist das nur recht und billig, dann ist das bei uns auch bald dran.

Diese Phase war relativ kurz. Sie wurde schnell abgelöst – sicherlich auch unter dem Eindruck der eben beschriebenen SED-Kampagne – durch eine zweite Phase, die bis zur Verhängung des Kriegsrechts reichte. Ich glaube, es ist die Phase, die sich im Bewußtsein bei uns und auch in Polen später festgesetzt hat. Es ist eine Phase, in der eine Haltung des Unverständnisses und der Besorgnis vor nachteiligen Folgen für die Verhältnisse in der DDR, sowohl wirtschaftlich als auch politisch, dominierte. Sie war auch charakterisiert durch die Angst, man könnte wie 1968 in ein militärisches Eingreifen hineingezogen werden, eine Angst, die im übrigen auch durch die Propaganda zwischen den Zeilen extrem geschürt wurde, besonders im Herbst 1980 und nochmals im

Frühjahr 1981 nach den Ereignissen von Bydgoszcz. Eine charakteristische Äußerung in dieser Phase war: Die Polen gehen zu weit. Diese Grundhaltung der Gesellschaft lag in der Regel auch den offiziellen und inoffiziellen Äußerungen zugrunde, die aus den Kirchen gekommen sind, auch aus der Bundesrepublik. Denn diese ist mitbestimmt durch den Umgang mit dem Polen-Thema in der Politik der Bundesrepublik.

In der dritten Phase, ab dem 13. Dezember 1981, dominierte ein Gefühl der Erleichterung und Genugtuung darüber, daß der befürchtete Einmarsch ausblieb, daß die Polen aus eigenen Kräften Ordnung schaffen. Der größte Teil der Gesellschaft war daran interessiert, daß Ruhe einzieht.

Diese Bewertung der gesellschaftlichen Reaktionen in der DDR wird durch die Materialien der Zentralen Auswertungs- und Informationsgruppe des MfS, ZAIG-Materialien, soweit ich sie bisher in der Gauck-Behörde einsehen konnte, im wesentlichen bestätigt.

Damit komme ich zur Opposition. In den eben erwähnten Protokollen lautet ein häufig wiederkehrender Satz: Dem MfS wegen ihrer negativ-feindlichen Haltung bekannte Personen zeigen außerordentlich großes Interesse an den Ereignissen in Polen. Sie informieren sich über westliche Medien. Sie ziehen Parallelen zur DDR. Sie betrachten die Solidarnosc als Signal für andere sozialistische Länder. Aber – das ist der entscheidende Satz – die öffentliche Wirksamkeit dieser Argumente wird als gering eingeschätzt.

Die SED hatte also die Opposition im Griff. Als ersten Schritt verfügte sie über die allgemeinen Einschränkungen hinausgehende Reiseverbote für fast alle Aktivisten. Es gab Einzelaktionen „Freiheit für Polen“, als Flugblätter in den Briefkästen oder auch an Häuserwände gemalt. Es gab auch Verhaftungen und Gefängnisstrafen für Personen, die in Polen illegal Gedrucktes über die Grenze zu bringen versuchten. Aber insgesamt war die Opposition in der DDR zu schwach, waren die gegenseitigen Kontakte zu wenig intensiv, um geschlossen und repräsentativ reagieren zu können. Eine Gelegenheit dazu hätte sicher der Appell an die Arbeiterklasse Osteuropas während des I. Solidarnosc-Kongresses sein können. Aber der überwiegende Teil der DDR-Opposition war damals mit der Rüstungsspirale und den Folgen für die innere Liberalität beschäftigt. Eine revolutionäre Situation – um diesen marxistischen Terminus zu gebrauchen – bestand bei uns damals nicht. Die DDR-Führung brauchte im Grunde zu keinem Zeitpunkt Sorge zu haben, daß der sprichwörtliche polnische Bazillus kurzfristig in die DDR überspringt. Später hat man wohl auch in Polen kaum noch mit Reaktionen aus der DDR gerechnet.

Nun zu den längerfristigen, den, wie ich meine, wichtigeren Folgen für die DDR. Ich betrachte wiederum die drei Ebenen Staat und Partei, Gesellschaft sowie Opposition. Die Herrschenden in der DDR bezahlten für ihren harten antipolnischen Kurs letztlich einen hohen Preis. Die SED sah sich in den 80er Jahren zur Abgrenzungspolitik auch nach Osten gezwungen, was die

DDR international noch mehr isolierte. Es kostete sie Vertrauen, selbst bei den polnischen Kommunisten, also auch bei den eigenen Verbündeten. Die tönernen Füße, auf denen die Legitimation der Macht ruhte, wurden immer sichtbarer. Früher hatte die SED stets auf die Geschlossenheit des sozialistischen Weltsystems geachtet. Nun sprach sie verkappt nationalistisch vom Sozialismus in den Farben der DDR. Wir wissen schließlich, wie es endete: mit Flüchtlingen, die nicht nur in der Prager, sondern auch in der Warschauer Botschaft der Bundesrepublik Schutz suchten und denen die Bürgerkomitees Quartiere organisierten, bis diese Menschen in den Westen ausreisen konnten.

Die Solidarnosc und hier vor allem die Untergrundgesellschaft der 80er Jahre schlug zweifellos ein Loch in die Mauer und damit in die Existenzbedingung des SED-Staates. Ich möchte den Streit anlässlich Timothy Garton Ashs Buch, ob es das zweite oder das erste Loch gewesen ist, weiter den Feuilletons überlassen.

Zweitens: die Gesellschaft. Die Gesellschaft hatte natürlich zunächst die Folgen dieser Isolation zu tragen. Geistige Enge und Provinzialität wurden in der DDR immer spürbarer. Polen fiel als eines der wenigen Reiseländer praktisch aus. Die Kontakte etwa im Studentenaustausch wurden weitgehend eingeschränkt oder ganz unterbunden oder noch schärferer Kontrolle als ohnehin unterworfen.

Ich meine, an dieser Stelle muß man zumindest kurz die Folgen für das deutsch-polnische Verhältnis bedenken. Die Solidarnosc hatte eine Bewegung in Gang gesetzt, die von der ganzen Gesellschaft getragen wurde. Die Schere der gesellschaftlichen Entwicklung ging in Polen und in der DDR ein ganzes Jahrzehnt lang immer weiter auseinander. Die Entfremdung der beiden Gesellschaften beiderseits von Oder und Neiße nahm spürbar zu. Die Propagandakampagne der SED zeigte Wirkung, zwar nicht in dem Sinne, daß die Leute den primitiven Lügen Glauben schenkten, aber die Einschüchterung funktionierte. Sie setzte einen Resonanzboden abgestandener, offenbar tief verwurzelter antipolnischer Schwingungen in Bewegung, der zur Klimavergiftung in der DDR wesentlich beitrug. Die abwartende Haltung der DDR-Gesellschaft, der fehlende Impuls zur Auflehnung und Rebellion, die Ignoranz und auch die Arroganz von Teilen der Bevölkerung gegenüber der Entwicklung in Polen wurden dort sehr wohl wahrgenommen und produzierten ihrerseits einen Gegenreflex der Abwehr, der sich nach meinem Dafürhalten bis heute auf das Klima in den polnisch-deutschen Beziehungen negativ auswirkt. Bis heute unterscheidet man in Polen Ost- und Westdeutsche, in der Regel zu unseren Ungunsten.

Nun zu den längerfristigen Folgen der Solidarnosc für die Opposition in der DDR, also den geistigen Einflüssen, die von dort ausgegangen sind. Ich bin mir sehr wohl der Schwierigkeiten an diesem Punkt bewußt, einmal der

Versuchung zu erliegen, heutiges Wissen und Erkennen zurückzuprojizieren, zum anderen eine Bewegung zu heroisieren, die sich nach dem Ende der alten Weltordnung in fruchtlosen Diadochenkämpfen von der politischen Bühne verabschiedet hat.

Für die Bewältigung der heutigen, der postkommunistischen Krise scheinen die Denk- und Verhaltensmuster der einstigen Opposition nicht mehr zu taugen. Die Sprache, in der wir uns damals verständigten, hat ihre Überzeugungskraft eingebüßt. Doch trotz dieser Schwierigkeiten will ich wenigstens einige Linien kurz zu skizzieren versuchen.

Vielleicht waren die Einflüsse aus Polen sogar größer, als uns seinerzeit bewußt war, obwohl man von einer effektiven politischen Kooperation der Opposition in der DDR und in Polen kaum wird sprechen können. Aber man muß sich die Situation einen Augenblick vorstellen, als meine Generation ins Erwachsenenalter eintrat. Wir fanden eine geschlossene Welt vor. Der 17. Juni war pazifiziert worden. Er hatte ein Trauma hinterlassen, das bei der älteren Generation bis in den Herbst 1989 nachwirkte. Die Mauer stand seit 1961 stabil in der geopolitischen Landschaft. Heute vormittag war davon die Rede, daß wir mit großen Hoffnungen den Reformversuch der Tschechen und Slowaken begleitet hatten. Spätestens zu diesem Zeitpunkt hätte klar sein müssen, daß unter den Bedingungen der Pax Sovjetica innere Reformen von oben unmöglich sind.

Was konnte man in einer solchen Lage tun, wenn einerseits Fundamentalopposition einem Tanz auf dem Vulkan gleichkam, die Option der Ausreise in den Westen als individualistische Lösung ausschied und andererseits natürlich die Kooperation oder gar Kollaboration mit dem Regime nicht in Frage kam? Ich denke, wir haben Wege aus diesem Dilemma. Vieles läuft jetzt parallel zu den Erfahrungen mit der Tschechoslowakei, von denen heute vormittag schon die Rede war. Wege aus diesem Dilemma haben wir auch durch die demokratische Opposition in Polen bekommen, die ihren prägendsten Ausdruck in der Solidarnosc fand, aber deren Vorgeschichte genauso wichtig ist. Wir haben seit Mitte der 70er Jahre mitverfolgt, wie sich das Projekt der selbstorganisierten Gesellschaft gegen den quasi totalitären Staat allmählich entwickelte. Das KOR, das Komitee zur Verteidigung der Arbeiter, war sicherlich ein entscheidender Kristallisationspunkt. Aber existieren konnte es eben nur dank eines Netzwerks von Unterstützerguppen in fast allen größeren Städten. Ich erinnere mich noch, wie wir 1977 in Krakau Kurons Ideen für ein Aktionsprogramm in einer schwer lesbaren hektografierten Untergrundaussage entzifferten.

Die polnische Situation war auf unsere nicht einfach übertragbar. Wir hatten weder individuelle Landwirtschaft noch Streiks und Demonstrationen der Arbeiter, weder eine starke, integrierende Kirche noch nennenswerte Versuche, das kulturelle und geistige Leben durch Aufbau von Selbstverlagen der

Staatskontrolle zu entziehen. Aber der Ansatz mußte auch für uns richtig sein: Nicht den Marsch in und durch die Institutionen antreten, um irgendwann Reformen von oben befördern zu können, sondern Widerstand durch soziale Bewegung, nicht den Dialog mit den Vertretern des Staates suchen, sondern der Gesellschaft Räume unzensurierter Kommunikation erschließen, weg von der Staatsfixierung, wichtiger als Forderungen an den Staat ist die Solidarität untereinander, nicht anonym handeln, sondern mit vollem Namen und damit auch mit vollem Risiko und schließlich keine übertriebene Angst vor einer sowjetischen Intervention; die Panzer kommen nur, wenn es zu gewaltsamen Ausschreitungen kommt, also wenn die Opposition schwach ist, aber nicht, wenn sie dem Regime maßvolle Reformen abtrotzt.

Aus der heutigen Sicht und mit unseren heutigen Erfahrungen mutet Kurons Programm, ein Pars pro toto für andere Texte, wie eine Aufzählung von Trivialitäten an. Aber für uns war das damals durchaus eine Erleuchtung. Wir sahen, wie wirksam kleine Gruppen sein können. Wir merkten, daß schon das Verlassen der verordneten Sprache eine befreiende Wirkung hat. Wir sahen, wie allmählich das Bündnis zwischen Kirche und der sogenannten laikalen Linken Gestalt annahm, wie es Michnik beschrieben und vielleicht auch ein wenig antizipiert hat. Es konnte entstehen, weil beide Seiten der Menschenrechtsfrage Priorität einräumten und auf die traditionellen ideologischen oder weltanschaulichen Differenzen verzichteten. Wir erlebten beim ersten Besuch des Papstes schließlich, wie sich eine Gesellschaft als autonomes Subjekt der Politik wahrzunehmen beginnt. Wir sahen dann, wie aus diesen Ansätzen eine große gesamt nationale Bewegung hervorging, die sich 16 Monate länger als jemals zuvor halten konnte. Während des Kriegsrechts sahen wir schließlich, wie die einmal errungene Freiheit verteidigt werden kann, wenn auch unter Opfern. Wir begriffen, daß die Ermordung Jerzy Popieluszkos ein Pyrrhussieg für das Regime war. 1987 und in den folgenden Jahren entstand eine neuerliche Dynamik des Reformprozesses von unten.

In der DDR wurde diese Intensität gesellschaftlicher und politischer Aktivitäten nie erreicht, es sei denn im kurzen Herbst 1989. Damals wurde, freilich viel zu spät, um noch Entscheidendes bewirken zu können, der Runde Tisch, letztlich ein originär polnisches Möbelstück, in Ost-Berlin aufgestellt. Auch die Themen waren in der DDR-Opposition größtenteils andere. Es ging um die Friedensfrage, die Militarisierung der Gesellschaft, die ökologische Verwüstung, die fortdauernde Ideologisierung der Schule und der Kultur. Es ging um die Abgrenzungspolitik. Aber die Methoden des Handelns waren ähnlich: Versammlungen, Seminare, Ausstellungen, Konzerte, Autorenlesungen, wo es nur ging, meistens in Kirchen und Privatwohnungen, Vernetzung lokaler Initiativen, Aufbau von Gegenöffentlichkeit durch eigene Zeitschriften, Präsenz in den westlichen Medien, Solidarität bei Repressionen usw. Es gab also ganz ähnliche Formen des Handelns.

Schließlich – damit komme ich auf die Frage, die mir Markus Meckel gestellt hat – haben auch Stimmen aus Polen dazu beigetragen, daß es wenigstens bei Teilen der Opposition zu einem allmählichen Umdenken in der deutschen und in der europäischen Frage gekommen ist. Der Status quo der Teilung galt in beiden deutschen Staaten als unveränderlich. Im Osten wurde er trotz des Leidensdrucks resignativ hingenommen. Im Westen war er trotz der Rhetorik an bestimmten Feiertagen gesellschaftlich akzeptiert. Die Ordnung von Jalta schien, zumal vor dem Hintergrund der Ostpolitik in den 70er Jahren, die auch wir enthusiastisch begrüßt hatten, der unverrückbare Grundriß Nachkriegseuropas zu sein. Wir mußten also aus diesem Geschichtsdeterminismus und Geschichtsfatalismus herauskommen. Wir mußten Alternativen überhaupt erst wieder denken lernen. Allein angewiesen auf deutsch-deutsche Kontakte hätten wir wohl kaum begriffen, daß z. B. die Frage der deutschen Schuld nicht instrumentalisiert werden darf, um die Teilung Deutschlands und auch die Teilung Europas akzeptierend oder gar rechtfertigend auf längere Sicht in Kauf zu nehmen.

Über das Denken der polnischen Opposition, das in Grundzügen bekannt war und das auch in einzelnen Kreisen besprochen wurde, hat Artur Hajnicz eben berichtet. Ich beschränke mich auf ein weiteres, besonders charakteristisches Beispiel. Wladyslaw Bartoszewski bekam den Friedenspreis des deutschen Buchhandels 1986 in Frankfurt. Er sagte dort das Folgende:

„Die Generation, der ich angehöre, hat mit eigenen Augen die Mauern und Drahtverhaue gesehen, welche die Menschen trennten: die Mauern und Ghettos von Warschau und anderswo, die Mauer, die jahrelang durch Jerusalem lief, und die Mauer, die bis heute Berlin teilt. Es scheint das Wichtigste zu sein, all das zu unterstützen, was die Menschen verbindet, und sich all dem zu widersetzen, was die Menschen gegen ihren Willen trennt.“

Mir scheint es, meine Damen und Herren, noch heute unmöglich, jemand von uns hätte unbefangen einen solchen Satz sagen können, nicht weil wir ihn ablehnten, sondern weil niemand sicher sein konnte, ihn hinreichend gegen Mißverständnisse abzusichern. Mit der Nennung des Warschauer Ghettos und der Berliner Mauer in einem Atemzug hätte die Opposition in der DDR keinen halbwegs kultivierten Historikerstreit ausgelöst. Sie hätte statt dessen den Staatsanwalt auf den Plan gerufen. Aber mehr noch: Sie hätte sich auch die Sympathien eines großen Teils der Kirche und der kulturellen Elite verscherzt und wohl noch weiter die ohnehin schwache Unterstützung aus dem Westen verloren. Bartoszewski ging es natürlich nicht um die Relativierung der deutschen Kriegsverbrechen, sondern um angemessene politische Konsequenzen, die wir aus dieser Geschichte zu ziehen haben. In dieser Hinsicht war die Botschaft aus Warschau, aus Prag und aus Budapest im Laufe der Jahre immer eindeutiger. Sie lautete: Wenn ihr die Teilung

weiter fatalistisch akzeptiert, begeben ihr euch nochmals auf einen deutschen Sonderweg. Es war für uns von fundamentaler Bedeutung, daß die polnischen Intellektuellen und Publizisten, die als erste unter den Stiefeln der Wehrmacht und dem Terror der Sonderkommandos gelitten hatten, in dieser Logik argumentierten.

Zusammenfassend: Die Einflüsse der Solidarnosc und ihres kulturellen Kontextes auf die DDR sind vielfältig und jedenfalls nicht auf die vielzitierten zynischen Abwehrversuche der SED zu beschränken. Ich sage auch, daß sie bis heute weiterwirken, selbst wenn sie im politischen Alltag kaum zur Geltung kommen. Keine Freiheit ohne Solidarität – *ne ma wolnosc bez solidarnosci* –: Das war eine polnische Lektion der 70er und 80er Jahre, ich meine, eine Lektion für ganz Europa, für die wir Ostdeutschen besonderen Dank schulden. Auf diese Überzeugung und Erfahrung stützte sich die Idee der Bürgergesellschaft. Auch sie ist mehr als nur ein Kampfbegriff der früheren Opposition. Wenn die Freiheit bewahrt werden soll, dann hat auch heute das Ethos der Solidarität seine moralische Substanz und seine politische Relevanz meines Erachtens nicht eingebüßt. (Beifall)

**Gesprächsleiter Markus Meckel (SPD):** Herzlichen Dank, Ludwig. Ich will mit Blick auf die Uhr ohne irgendeinen Kommentar zu dem letzten Einführungsbeitrag von Timothy Garton Ash überleiten.

**Timothy Garton Ash:** Ich glaube, das meiste ist schon gesagt worden. Ich möchte nur drei kurze Bemerkungen zum Zusammenhang zwischen Entspannungspolitik und der Entstehung der Solidarnosc machen.

Ohne Entspannungspolitik keine Solidarnosc. Ohne KSZE keine Solidarnosc. Ohne Ostpolitik keine Solidarnosc. Es liegt auf der Hand, daß die Hauptursachen innenpolitische und osteuropäische waren. Ich glaube allerdings, daß die Entspannungspolitik in dreierlei Hinsicht die Solidarnosc mitverursacht hat. Zum einen bin ich davon überzeugt, daß die viel größeren Reisemöglichkeiten gerade für polnische Bürger in den 70er Jahren – die Zahl der Reisen sind mächtig angestiegen – dazu beigetragen haben, daß man über die eigene Wirklichkeit noch mehr desillusioniert war und der magnetischen Anziehungskraft des Westens noch mehr unterlegen war und daß insbesondere das Feindbild Deutschland, das gerade in Polen in den 70er Jahren noch sehr wirksam war, allmählich verblaßte. Zum zweiten gab es für die Opposition die Möglichkeit der Berufung u. a. auf die KSZE. Nur glaube ich, daß die besondere Bedeutung der KSZE in dieser Hinsicht gerade in Deutschland oft überbewertet wird. Es ist aufgefallen, daß Anna Sabatova sehr betont hat, daß sich die Charta 77 auf die UNO-Menschenrechtserklärungen berufen hat. Das KOR hat sich u. a. – aber eben nur unter anderem – auf die KSZE berufen. Das steht in keinem unmittelbaren Zusammenhang mit der KSZE. Die Danziger Forderungen im August 1980 haben sich auf die Internationale Arbeitsorganisation berufen und eben nicht auf KSZE. Wenn es ein internationales Dokument von überragender